

## Blockpolitik im Menschenrechtsrat

*Winkelzüge und «Wilderer» zwischen westlichen und südlichen Interessengruppen*

**Der Uno-Menschenrechtsrat in Genf ist durch Nord-Süd-Spaltung und Blockbildung in seiner Wirkung behindert. Duldsamkeit des Westens gegenüber Israel und autoritäre Tendenzen im Süden spielen einander auf Kosten der Bürgerfreiheiten in die Hände.**

*Victor Kocher, Genf*

«Alle stimmen darin überein, dass der Uno-Menschenrechtsrat weit hinter den Erwartungen zurückbleibt», sagt Botschafter Idris Jazairi von Algerien, einer der erfahrensten Diplomaten auf dem Genfer Parkett. «Wir möchten, dass der Rat das volle Mandat der Uno-Generalversammlung erfüllt und zum wachen Weltgewissen wird. Und ich arbeite mit Hingabe dafür.» Jazairi wünscht sich, wie die meisten seiner Kollegen, dass die Mitglieder im Rat sachgemässe Entscheide, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu regionalen Blöcken, fällen können. Nur so liesse sich die Achtung der Menschenrechte wirksam verbreiten und durchsetzen. Aber der Westen verwaltet in Jazairis Augen die Menschenrechte wie sein Eigentum, seit er im Kalten Krieg mit seiner Ideologie der Bürgerfreiheiten gesiegt habe.

### Unheilige Allianzen

«Seit der Gründung des Rates im Jahr 2006 sind die Dinge blockiert», klagt ein Veteran unter den Beobachtern im Genfer Palais des Nations, «und die Universale Periodische Revision (UPR) für die einzelnen Staaten ist eine Farce, weil die betroffenen Länder mit Hilfe einer Lobby von Bruderstaaten die Kritik abwenden können.» Mit welchen Winkelzügen solche unheiligen Allianzen geschmiedet werden, gehört zu den beliebten Primeurs des Pressekorps der Vereinten Nationen. Das einzige einigermaßen scharfe Instrument aufbauender Kritik ist nach Ansicht dieses Veteranen das Menschenrechtskomitee, ein von den Signatarstaaten der Konvention über Zivil- und Bürgerrechte gewähltes Gremium mit ähnlichem Auftrag wie der Rat. Die 18 Experten des Komitees sind jedoch nicht Staatenvertreter, sondern unabhängig, und sie setzen sich nach fachlichen Kriterien mit der Rechtspraxis der Regierungen auseinander.

Der Menschenrechtsrat mit seinen 47 periodisch wechselnden Mitgliedstaaten zerfällt in eine westliche, eine afrikanische, eine blockfreie und eine islamische Gruppe. Die Zugehörigkeiten in den Gruppen des Südens überschneiden sich zudem teilweise, denn manche arabische und afrikanische Länder sind auch muslimisch und blockfrei. In manchen Geschäften schält sich aber ein noch einfacheres Bild heraus: «The West against the rest.»

Vor allem diese beiden Blöcke beschreiben einander gegenseitig als

kompakt und diszipliniert im Stimmverhalten. «Unter den Europäern finden Sie keine Spaltung in wichtigen Anliegen», versichert Jazairi. Und ein Europäer beteuert: «Die Muslime und die Blockfreien treffen sich regelmässig, um ihre Positionen festzulegen.» Das geschieht nach Jazairi im Konsens innerhalb der Gruppe. Einzig unter den Afrikanern finden sich mitunter eigenwillige Staaten. «Dort operieren manchmal europäische Wilderer, die uns den einen oder anderen Afrikaner abspenstig machen», klagt der Algerier. «Das nennen die dann Brückenschlag zwischen den Kontinenten und werfen uns zugleich ein Stimmverhalten in Blöcken, eine Instrumentalisierung der Menschenrechte vor. Dabei üben die Europäer selbst Blockpolitik und suchen gleichzeitig die unsere lahmzulegen.»

Woher rührt diese Spaltung, wo es doch, anders als im Uno-Sicherheitsrat, nicht um Krieg und Frieden, um Reichtümer oder Land geht? Jazairi wirft dem Westen eine Politik der zweierlei Massstäbe vor, die sich in auffälliger Duldsamkeit Amerikas und Europas gegenüber den Verstössen Israels ausdrückt. Gegen Missstände in anderen Weltgegenden erhebe der Westen hingegen meist lauten Protest. Das Cairo Institute for Human Rights Studies (Cihrs), eine aktive arabische NGO, führt diese Kritik noch weiter und belangt auch arabische Regime. Laut dem Cihrs machen sich autoritäre Staaten die Praktiken des Westens zunutze, um selbst ebenfalls dem Bannstrahl des Rats zu entgehen. In dieser Sicht schwächt die fehlende Bereitschaft westlicher Staaten, die Menschenrechte gegenüber Israel durchzusetzen, den gesamten Rechtsmechanismus der Vereinten Nationen.

Jean Ziegler, der einem Beraterkomitee des Rats angehört, führt in seinem jüngsten Buch, «Der Hass auf den Westen», sehr deutliche und prominente Urteile in diesem Sinne auf. Die verweigerte Zusammenarbeit der Länder des Südens mit dem Westen in Sachen Menschenrechte erscheint dort als «die Quittung für das Dulden der Rechtsverstösse der Amerikaner und der Israeli im Irak und in Palästina». Das jüngste Symptom für diese Spaltung sind für Jazairi die neuerdings verschärften Sicherheitskontrollen in amerikanischen und europäischen Flughäfen nach dem misslungenen Terroranschlag auf ein Flugzeug in Detroit. Diese kommen in den Augen des Algeriers einer rassistisch motivierten Profilierung potenzieller muslimischer Attentäter gleich.

### **Regionale Menschenrechte?**

Eine weitere Schwächung der Bürgerrechte liegt für arabische NGO im Bestreben nach der Untermauerung «islamischer Menschenrechte». So setzt die Islamische Konferenzorganisation (ICO) regelmässig im Menschenrechtsrat eine Entschliessung gegen die Diffamierung von Religionen durch. Für die Bürgerrechtsaktivisten läuft das auf institutionalisierte Beschränkung der Meinungsfreiheit hinaus, weil nämlich staatliche oder - noch schlimmer - religiöse Instanzen dann festlegen könnten, was als Blasphemie oder sonstige «schädliche» Äusserung verboten wird.

Westliche Diplomaten haben sich spätestens seit der Durban-Konferenz von 2001 über Rassismusbekämpfung auf eine Diskussion über Einschränkungen der Meinungsäusserung eingelassen. Allerdings lehnen sie einen Schutz von Religionen als solche ab, weil die Menschenrechte eben Individuen und Gruppen, aber nicht Denksysteme behüten sollen. Bereits die Konvention über zivile und Bürgerrechte von 1966 hält fest, dass die Grenzen der Religions- und Meinungsfreiheit dort liegen, wo die öffentliche Ordnung oder die nationale Sicherheit in Gefahr geraten. Nach den Krisen infolge der Verletzung muslimischer Empfindlichkeiten, etwa durch die Mohammed-Karikaturen von dänischen Zeichnern, wurden auch die Medien zur Schaffung eines freiwilligen Berufskodexes aufgerufen, welcher entsprechende Rücksichten umfasst.

Botschafter Jazairi verteidigt entschieden die Einführung regionaler Menschenrechtserklärungen, etwa durch die Muslime, die Araber oder die Afrikaner. Kritiker erblicken darin eine Einschränkung der Allgemeinen Uno-Menschenrechtsdeklaration von 1948 mit ihrem säkularen Charakter und der totalen Gleichstellung aller Menschen. Jazairi versichert seinerseits, dass es nicht um einen Ersatz der ursprünglichen Deklaration, sondern um die bessere Aneignung mittels der Verknüpfung mit angestammten Werten der Tradition und der Religion gehe. Allerdings schliesst er dann als Muslim Elemente wie die Anerkennung der Homosexualität kategorisch aus und beschreibt sie als Auswuchs des «West-Zentrismus».

Radikalere Islamisten verweigern aber auch die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter, indem sie der Frau nach Massgabe des Korans lediglich gleiche Würde, aber nicht Rechte zugestehen. Ziegler sieht in solchen Tendenzen eine echte Gefahr für den Menschenrechtsrat.

Viele Staaten im Menschenrechtsrat möchten aus der Sackgasse entkommen. Deshalb hat mit Blick auf das Ende des ersten Zyklus der UPR im Jahre 2011 eine Überprüfung der bisherigen Leistung begonnen. In informellen Treffen an verschiedenen Enden der Welt suchen Diplomaten, Beamte und je nachdem auch NGO-Aktivisten nach gemeinsamen Reformansätzen.

Algier hat im Februar alle Botschafter des Genfer Rats, mit Ausnahme Israels, zu Konsultationen eingeladen. Jazairi will damit die Fronten auflockern. Fernziel wäre die Aufgabe der Blockpolitik, doch kann dies nach seinen Worten nur dann geschehen, wenn ausnahmslos alle über ihren Schatten springen.

### **Auch die Schweiz aktiv**

Auch die Schweiz, die als Nicht-Mitglied der EU etwas mehr Spielraum hat, betätigt sich als Brückenbauer. Ob sich so Jean Zieglers Vision von einer Alternative zum Uno-Sicherheitsrat verwirklicht, wo dank der Befreiung vom Grossmächte-Veto die Ungerechtigkeiten der Weltordnung geradegerückt werden? Jazairi sagt: «Wir müssen im Ringen für die Menschenrechte mindestens da vorangehen, wo es möglich ist.»